

Gemeinwirtschaft in der Marktwirtschaft

Bloßer Wechsel der Doktrinen ist kein Fortschritt

Die Geschichte hat eindrucksvoll erwiesen, daß die elementaren Belange der Gemeinschaft in einem Zustand radikaler Marktwirtschaft nicht gewahrt, sondern vielmehr in folgenschwerster Weise gestört werden. Marktfreiheit als Doktrin ist Unfug! Den Traum einer „Ordre naturel“ kann kein Vernünftiger mehr als realen Lebensplan der Gesellschaft verfolgen.

Ebenso ist in der westlichen Welt die Vorstellung als illusionär abgetan, daß Staat und Wirtschaft in eins verschmelzen sollten. In dieser Erkenntnis werden die Menschen im Westen noch bestimmt von dem, was sie an Erfahrung in den Sowjetgebieten zu erleben glauben, obwohl die selbstgefällige Gleichgültigkeit, der Mangel an einem tieferen Interesse an den östlichen Erscheinungen den Anspruch auf ein Urteil stark mindert.

In der sozialistischen Bewegung, der maßgeblichen politischen Repräsentation der Industriearbeiterschaft ringen seit Jahrzehnten revisionistische und orthodoxe Strömungen miteinander, Gruppen und Anschauungen, denen die allgemeinen menschlichen Inhalte das Entscheidende sind mit solchen, die für die Verwirklichung des Ziels der sozialen Befreiung und Befriedung eine feste doktrinaire Vorstellung hatten. Die enge Bindung der inhaltlichen Grundsätze an ein Entwicklungsbild, das zeitbedingt entstanden und mit geradezu übermenschlicher Intensität formuliert war, hat die Bewegung immer und immer wieder in den tiefsten Zwiespalt mit den Anforderungen des praktischen Lebens gebracht. Der Prozeß der Desillusionierung erreicht in unserer Zeit offenbar ihren Höhepunkt mit der Gefahr, daß die inneren Absichten, die moralischen, menschlichen und sozialen Antriebe, denen man häufig in zu doktrinärer Form diene, sich auflösen. Das wäre nicht nur für die Organisationen der Arbeiterschaft eine Gefahr.

Es würde eine Periode ebenfalls unfruchtbarer Auseinandersetzungen einleiten. Der Bereitschaft zu sozialem Realismus „von links“ würde ein Laisser-faire-Doktrinarismus „von rechts“ gegenüberreten. Viele Merkmale in der Diskussion um die Marktwirtschaft zeigen ziemlich deutlich solche Anzeichen programmatischer Verhärtung. So, wenn in sturer Weltanschaulichkeit die wirtschaftliche Betätigung öffentlicher Körperschaften auch dort bekämpft wird, wo klare Voraussetzungen natürlicher Monopole gegeben sind oder der gemeinwirtschaftliche Wohnungsbau pauschal angegriffen wird. Darüber hinaus bemühen sich Kräfte doktrinärer Programmatik, eine naive Gläubigkeit zu suggerieren, gegen die die Arbeiterschaft sich entschieden wehren muß. In unserer Gegenwart muß es darauf ankommen, ein zeitgemäßes Optimum sozialer Organisation zwischen den weltanschaulichen Extremen zu finden.

„Natürlicher“ Wettbewerb, soviel „als möglich“

Auch wenn man überzeugt sein dürfte, daß eine ganz entscheidende Voraussetzung für eine fortschreitende Auflösung von „Staat“ in „Gesellschaft“ durch die Marktwirtschaft vorhanden wäre, nämlich ein echter, unsentimentaler, „urwüchsiger“ Gemeinsinn derjenigen, die marktwirtschaftlich zur volkswirtschaftlichen Besitzverwaltung auserkoren sein sollen, halten objektive Hemmungen diese Bestrebungen in Grenzen. Ein großer Fehler wäre es aber andererseits, wenn man die allgemeingültige, gesamtwirtschaftliche Funktion marktwirtschaftlichen Wettbewerbs zu gering einschätzen würde. Daß man dies nicht darf, dafür gibt das Beispiel der Ostwirtschaften doch eine eindrucksvolle Anschauung mit dem großenteils recht verkrampften — und erfolglosen — Bemühen, wirksame Ersatzformen marktwirtschaftlichen Wettbewerbs zu entwickeln. (Auch *diese* Osterscheinung bedürfte im übrigen einer viel tieferen, forschenden Erfassung.)

Es ist einfach wahr: Eine solche Konzentration der Sinne auf den wirtschaftlichen Erfolg, wie sie ein echter Wettbewerb in einer Wirtschaft ergibt, in der wilder Zügellosigkeit genügend Schranken gesetzt, der persönlichen Initiative aber hinreichender Spielraum gegeben ist, läßt sich anderswo nicht züchten. Das zivilisatorische Niveau solchen Wettbewerbs hängt dabei aber einmal ganz entscheidend davon ab, inwieweit die „Kräfte des Gemeinsinns“, als welche sich in allererster Linie die der organisierten Arbeiterschaft erwiesen haben, zynische Zügellosigkeit solchen Wettbewerbs real abgewehrt und geistig diffamiert haben. Noch ist es bei weitem nicht so, daß einem nicht auch aus Gründen der Menschlichkeit und der Zivilisation vor weiterer Entfaltung wirtschaftlicher Ungehemmtheit nicht bange zu sein brauchte.

Aber unter dem Druck jener Kräfte des Gemeinsinns und Gemeininteresses haben sich Wirkungsformen des Wettbewerbs entwickelt, die nicht mehr notwendig den wirtschaftlichen Erfolg wie in „ungezügelteren Zeiten“ durch ihre sozialen und moralischen Begleiterscheinungen entwerten. Und das Sichdurchsetzen — nicht in Prüfungskommissionen, sondern im praktischen Leben — spielt trotz der Fülle von Verfälschungen und Verschleierungen doch eine wirksame Rolle. In Verbindung mit unausgesetzter Entscheidung aus echter Verantwortung und überzeugender Chance des Erfolges ergibt sich eine Art der Wendigkeit und der wirtschaftlichen Intensität, die in gleicher Weise „anderswo“ unter anderen Bedingungen nicht entstehen, nicht entwickelt werden kann. Aus dieser Einsicht folgt nicht der Schluß, daß in anders, etwa gemeinwirtschaftlich organisierten Bereichen nicht ebenfalls ganz außerordentliche Leistungen erwartet werden könnten. Keinesfalls trifft dies zu. Die Geschichte des Aufstiegs, den die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren hinter sich hat, ist gewiß in mindestens gleichem Maße bestimmt worden durch das Wirken öffentlicher, gemeinwirtschaftlich wirkender Organe, wie durch private Erfolgsinitiative. Es folgt aus dem oben Gesagten aber, daß einer Ordnung, in der nicht mehr ein tüchtiger* Rest „natürlicher“, unreglementierter Kraftentfaltung gegeben ist, eine schlimme Erstarrung droht, der man mit Mitteln äußeren Anspruchs nur scheinbar Herr wird.

Das Belebungszenrum jeder leistungsfähigen Wirtschaft wird ein maßgeblicher Bereich möglichst lebensechten Wettbewerbs sein. Dabei muß man sich bewußt bleiben, daß „Freiheit“ kein absoluter Begriff ist. Es wurde schon darauf hingewiesen, wie sehr insbesondere die moderne Arbeiterbewegung eine Kultivierung dieses Begriffes erzwungen hat.

Betrachtungen zu marktwirtschaftlichen Gegenwartsforderungen

Konkret hat heute die Forderung nach einer weitestgehenden Beseitigung aller Schranken für die Marktfreiheit folgende Bedeutung: Aufhebung von Hemmungen des Wettbewerbs im Bereich der Erwerbswirtschaft; möglichst weitgehende Steuersenkung und Steuerbereinigung zur Förderung der Kapitalbildung in der Hand der Unternehmen; Herbeiführung eines freieren Kapitalmarktes dadurch, daß die Bevorzugung öffentlicher Anleihen und damit des öffentlichen Kapitalbedarfs fortfällt; weitgehende Einschränkung staatlicher Beeinflussung der Wirtschaftsabläufe durch Steuer-, Preis- und sonstige Wirtschaftspolitik und insbesondere der unmittelbaren Wirtschaftstätigkeit öffentlicher Körperschaften.

Die Funktion der Gewerkschaften ist es bisher nicht nur gewesen, die gesamtwirtschaftlich vertretbaren Ansprüche der Arbeiterschaft durchzusetzen; in gleichem Maße haben sie die harte Aufgabe erfüllt, diese Ansprüche auf das jeweils gesamtwirtschaftlich mögliche Maß auch zu begrenzen. Es gibt auf der sozialen Gegenseite keine Einrichtung, die in ähnlicher Weise sichert, daß die Ansprüche der Unternehmer im Bereich des gesamtwirtschaftlich Vernünftigen bleiben. Der Wettbewerb sorgt keinesfalls allge-

mein für solche Sicherung. Maßnahmen, die den Wettbewerb dort zu fördern vermögen, wo Bestrebungen zur Kartellierung und Monopolbildung ihn unterbinden sollen, werden grundsätzlich und im allgemeinen zu begrüßen sein. Führen sie zu einer Senkung des Preisniveaus bis hinunter zum Markt der Verbrauchsgüter, können sie als echtes Korrelat zur oben geschilderten Leistung der Gewerkschaften gelten. Freilich ist es fraglich, ob solche durchdringenden Erfolge erzielt werden und ob es den wünschenswerten Bestrebungen gelingt, auch dort durchzudringen, wo mit einem Minimum organisatorischer Technik durch eine Art psychologischer Kartellierung wirksamem Wettbewerb Einhalt geboten wird. Vor allem aber ist vom Standpunkt der Arbeiterschaft, die durch ihr Schicksal — und ihre Lehrer — mehr als andere Schichten gewöhnt ist, immer den Gesamtprozeß der Wirtschaft ins Auge zu fassen und den Blick auf die objektiven Tatbestände der Entwicklung zu richten, besondere Achtsamkeit geboten. Ohne die Initiativen zu hemmen, die bestrebt sind, marktwirtschaftlichen Wettbewerb im irgend erzielbaren Umfang zu sichern, sollten ihre Organe darauf achten, daß etwa aus doktrinäer Übergläubigkeit an die Wunder wirtschaftlicher „Freiheit“ Einsichten und Erfahrungen in den Wind geschlagen oder auch echte Errungenschaften leichtthin aufs Spiel gesetzt werden. Wenn eine kräftige Portion von Marktfreiheit auch im Bereich der schweren Industrie gewiß nichts schaden kann, so darf eine Politik, die sie fördert, nicht doktrinär sein; sie muß ihre Maßnahmen als Experiment begreifen und mindestens mit „selbstkritischer“ Wachsamkeit beobachten und beurteilen, ob so entscheidende Probleme wie die Sicherung des Kapitalbedarfs und die gesamtwirtschaftliche Ausrichtung der Kapazitäten, wirklich im blanken Spiel öffentlich nicht beeinflusster Kräfte gesichert ist. Vom Problem wirtschaftlicher Machtbildung sei in diesem Zusammenhang zunächst nicht gesprochen.

In einem anderen Bereich, dem der *Versorgung und Bewirtschaftung von Wohnraum*, ist allen Vernünftigen klar, daß freie Wettbewerbswirtschaft die Probleme einfach nicht zu lösen vermag und schon damit offenbart, daß sie keinen Anspruch auf doktrinaire Gültigkeit stellen kann. Lockerungen, die diskutabel sind, müssen den gesamtwirtschaftlichen und sozialen Erfolg gewährleisten. Die sozialen Sünden des privaten Miethausbesitzes in der kapitalistischen Vergangenheit sind so entsetzlich, daß zu einem doktrinäeren Bekenntern für ihn Unkenntnis oder ein fast trauriger Mut gehören. Auch das Zuschuß- und Abstandsunwesen zeigt, daß „freie“ Wohnungsbeschaffung mit der kaum ertragbaren Ausnutzung privater Machtsituation verbunden ist, die sich von mittelalterlichem Zinswucher nicht unterscheidet.

Die Frage der *Steuersenkung* steht in Wechselwirkung zu den Aufgaben der Gemeinschaft, soweit sie durch die öffentlichen Körperschaften wahrgenommen werden müssen. Es gibt eingeplante Aufwendungen der öffentlichen Hand, deren Verzicht besonders der Arbeiterschaft nicht schwerfallen würde. Senkung solcher öffentlichen Lasten und — über einen wirksamen Wettbewerb — Verwandlung in Realeinkommen aller Schaffenden wäre ein beherzigenswertes Programm. Aber es gibt andererseits im Bereich der unabdingbar öffentlichen Aufgaben noch sehr schlimme Lücken, die auf die Dauer nicht bleiben können. Hingewiesen sei hier nur auf den größtenteils traurigen Zustand unseres Schul- und Bildungswesens, dem es vor allem an dringend erforderlichen Mitteln fehlt.

Ob eine Förderung privatunternehmerischer Gewinnbildung durch Steuerpolitik nicht etwa zu volkswirtschaftlich selbstmörderischer Selbstfinanzierung führt, ob der Verzicht auf dringliche Leistungen der öffentlichen Körperschaften eine wirksame Förderung des Gesamtwohlstandes zur Folge hat, das ist bei weitem nicht so gewiß, daß mit blinder, doktrinäer Gläubigkeit die Parolen der blanken Freizügigkeit als die sicheren Wege zur Erlösung angenommen werden können. An echter Aufgeschlossenheit hat es in der Vergangenheit bei der Diskussion um die Grundsätze der Sozial- und Wirtschaftspolitik in einer mitunter erbarmenswerten Weise gefehlt. Wer nicht begreift, daß für die Ver-

treter der Arbeiterschaft ein Bekenntnis zu voller Freizügigkeit deshalb so außerordentlich schwer sein mußte, weil ihr Erfolg nur über eine rücksichtslose private Bereicherung erzielt werden konnte (und diese Bereicherung vielfach in allererster Linie zur persönlichen Versorgung und Sicherung genutzt wurde), der hat noch kaum begonnen, an der Auseinandersetzung um eine gesunde Sozialordnung teilzunehmen.

Starke Gemeinwirtschaft neben Individualwirtschaft

Der Weg über möglichst große privatwirtschaftliche Bereicherungsfreiheit zu allgemeinem Wohlstand — und darauffolgendem Mitbesitz am Produktiveigentum — ist weit. Er ist mehr eine Verheißung — und aus dem Mund unmittelbar Interessierter natürlich eine recht problematische. Was sachlich hierzu geltend gemacht wird, ist ernst und vorurteilsfrei zu prüfen. Es schmeckt aber irgendwie bitter, wenn unmittelbares Interesse das Opfer vom anderen, und hier dem Schwachen, fordert, angeblich um des Wohles aller willen.

Die Auflockerung „staatlicher“ Wirtschaftsmacht ausführender und verwaltender Art wird insbesondere an zwei Voraussetzungen gebunden sein müssen: Daran, daß andere, freiere gemeinwirtschaftliche Organisationen und Organe entwickelt werden und daran, daß die gesamtwirtschaftliche Bereitschaft und Einsicht der Unternehmer weiter wächst, daß es gelingt, die privatwirtschaftliche Initiative, die viele Züge früherer primitiver Willkür verloren hat, noch mehr zivilisatorisch zu bändigen.

Gustav Landauer hat im Rahmen seines anarchistischen Bekenntnisses in knapper Weise den einen Teil der Wahrheit vom Staat mit den Worten gekennzeichnet: „Der Staat ist das Surrogat des Geistes.“ Es ist unendlich viel Weisheit in dieser Formel. Übertragen auf unser Problem ist ihr zu entnehmen: Entstaatlichung der Wirtschaft — und Verzicht auf Verstaatlichung — ist in dem Maße — und Zug um Zug — möglich, in dem „Geist“, und das darf man hier ruhig übersetzen mit Gemeinsinn, nicht proklamiert, sondern erwiesen wird. Die echte Selbstzucht im Unternehmertum wird künftig die sicherste Voraussetzung sein, daß es einen guten, maßgebenden, unter Umständen auch beherrschenden Bestand wirksamer privatwirtschaftlicher Marktwirtschaft geben wird. Das ist kein rührseliger Appell! Tatsächlich spielt der moralische Standard innerhalb des Gemeinwesens, insbesondere eines nicht diktatorisch regulierten Gemeinwesens, eine außerordentlich wichtige Rolle. Und dieser „Gemeinsinn“ ist auch nicht etwas, was entweder da ist oder fehlt. Was wir — immer noch stolz — Arbeiterbewegung nennen können, hat für den Einsichtigen in hervorragender Weise bewiesen, wie man aus einer scheinbar hoffnungslosen Masse Staatsbürger von geradezu musterhafter Gemeinschaftsbereitschaft erziehen kann. Daß diese Erziehungsleistung nicht zu einer endgültigen Wirksamkeit gebracht werden konnte, daran ist sehr der oben dargestellte innere Zwiespalt, in der konkreten Situation der Weimarer Zeit aber der Umstand schuld, daß auf der „bürgerlichen“ Gegenseite der Nation eine auch nicht annähernd gleich große, an echtem Gemeinsinn gestärkte Widerstandskraft heran- gebildet war. Die „Haltung“ der Unternehmer wird eine der Kräfte sein müssen, die einen gesunden, überzeugenden Zustand sozialer Ordnung ausmachen und ermöglichen können. Dabei ist um Himmels willen nicht an so etwas wie die Bereitschaft zu einer Art Industriefeudalismus gedacht, sondern an das Gegenteil solchen Geistes.

Es ist nicht zu übersehen, daß sich in den Reihen des deutschen Unternehmertums Einsichten erkennen lassen, die Anlaß zur Hoffnung geben können. Auch wenn man einen Vergleich zieht zu den Verhältnissen, die sich in Frankreich zeigen, wird man die Situation in Deutschland als wesentlich gesünder und einer gesunden Entwicklung fähiger bezeichnen können. Von negativen Erscheinungen soll jetzt nicht gesprochen werden.

GEMEINWIRTSCHAFT IN DER MARKTWIRTSCHAFT

Es ist aber natürlich nicht daran zu denken, daß man die Hoffnung auf eine gesunde soziale Entwicklung der Erwartung überläßt, daß es gelingen wird, im Unternehmertum das zu entwickeln, was oben mit dem Begriff „Gemeinsinn“ umschrieben wurde. Wenn die Arbeiterschaft und ihre Organe anerkennen, daß privatwirtschaftliche Unternehmungswirtschaft als Belebungszenrum der Gesamtwirtschaft dringend erwünscht ist, so werden sie zunächst einmal darauf bedacht sein, daß die Gewerkschaften stark und lebendig sind. Und weiter ist die unbedingte Ergänzung einer privatwirtschaftlichen Marktwirtschaft, zu der sich auch die Arbeiterschaft bekennen kann: *eine starke Entfaltung von Institutionen und Formen der Gemeinwirtschaft!* Es wurde schon gesagt, daß es bei aller Anerkennung unternehmerischer Funktion keineswegs zutrifft, daß etwa die privategoistische Erfolgchance die einzige oder überwiegende Leistungsquelle der Wirtschaft sei. In allen Bereichen, auch unmittelbar in der Wirtschaft, wird eine solche Fülle von wirksamer Tüchtigkeit ohne die Vulgärform dieses Antriebsmittels vollbracht, daß die Einsicht keinesfalls so weit zu gehen braucht, daß man vor übertriebenen Ansprüchen dieser Kräfte kapitulieren müßte. Gesamtwirtschaftliches Denken, gesamtwirtschaftlich wirkende Organe, leistungsfähige Formen und Unternehmen der Gemeinwirtschaft, das sind nicht Gegensätze zu einer unternehmerischen Marktwirtschaft. Es sind vielmehr die Voraussetzungen, unter denen sich auch die Arbeiterschaft einsichtig und bewußt, aber auch selbstbewußt und nicht hilflos, zu einem Zustand bekennen kann, in dem eine Vielheit von Formen und Interessen in gezügelter Weise um die ständige Verwirklichung einer optimalen Wirtschafts- und Sozialordnung ringt und in der einem gemeinschaftsgesinnten Unternehmertum eine achtungsvolle, wirksame Rolle zufällt.

Wie gefährlich Phraseologie und Doktrinarismus wirken können, das zeigt in böser Weise der Zustand unserer Verkehrswirtschaft. Hier haben die doktrinären Proklamationen von der belebenden Kraft freier Marktwirtschaft die Möglichkeit rechtzeitiger Einsicht niederargumentiert und von vornherein verhindert, daß Menschen an die entscheidende Stelle kamen, die über hinreichenden echten gesamtwirtschaftlichen Sinn verfügen.

Was zur produktiven Fortentwicklung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung erforderlich ist, ist Mut zu großer Vorurteilslosigkeit auf allen Seiten — und freilich auch die Anerkennung einiger „sozialer Menschenrechte“ wie die wesentlich stärkere gesamtwirtschaftliche Sicherung des Einzelschicksals.

PAPST PIUS XI.

Jedem soll also sein Anteil zukommen; im Ergebnis muß die Verteilung der Erdengüter, die heute durch den ungeheuren Gegensatz von wenigen Überreichen und einer unübersehbaren Masse von Eigentumslosen aufs schwerste gestört ist — keiner, der das Herz am rechten Fleck hat, kann sich darüber einer Täuschung hingeben —, wieder mit den Forderungen des Gemeinwohls bzw. der Gemeinwohlgerechtigkeit in Übereinstimmung gebracht werden.
(Quadragesimo anno)